

Vier mal Ja kostet etliche Millionen

Die Regierung begründet, warum sie alle vier Schul-Initiativen ablehnt



Gegen Sparpläne. Der Grüne Landrat Jürg Wiedemann ist treibende Kraft hinter den Initiativen. Foto Mischa Christen

Von Peter de Marchi

Liestal. Schüler dürfen nicht innerhalb ihres Schulkreises hin und her geschoben werden; Klassenlehrer sollen eine Stunde weniger unterrichten und so mehr Zeit für schwächere Schüler aufbringen; die Kaufmännische Vorbereitungsschule darf nicht gestrichen werden; keine überfüllten Klassenzimmer: Gleich vier Initiativen sind in diesem Jahr eingereicht worden, alle vier als Reaktion auf die Sparpläne der Regierung an den Schulen. Hinter den Initiativen steckt der Grüne Landrat Jürg Wiedemann als treibende Kraft, alle Initiativen haben breite Unterstützung erhalten, zum Teil bis in SVP-Kreise. Nur:

Die Regierung hat kein Musikgehör. Sie lehnt alle ab und verzichtet auch darauf, Gegenvorschläge auszuarbeiten.

Die Initiative «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen» verlangt, dass Schüler der Sekundarstufe I in der Regel die nächstgelegene Schule besuchen können. Ausnahmen sollen nur erlaubt sein, wenn die Eltern einer Einteilung in eine weiter entfernte Schule zustimmen oder eine solche Einteilung aus disziplinarischen Gründen unumgänglich ist, etwa um Opfer von Mobbing, Rassismus oder Gewalt an einer Schule zu schützen.

In diesem Schuljahr seien von 2600 Sekundarschülern 78 in andere Schulkhäuser innerhalb des Schulkreises ver-

legt worden, schreibt die Regierung in ihrer ablehnenden Begründung. So müssten zehn erste Klassen der Niveaus A, E und P weniger gebildet werden. Mit diesem Verzicht könne man jährlich 8,55 Millionen Franken sparen.

Klassengrößen unter Richtwert

Das Beispiel der Frenkentäler habe gezeigt, dass längere Schulwege mit organisatorischen Anpassungen abgefädert werden können, schreibt die Regierung weiter. Die Anfangs- und Schlusszeiten der Sekundarschule Reigoldswil wie auch der Busfahrplan seien auf die Bedürfnisse der Kinder aus dem Waldenburger Tal abgestimmt worden. Die Initiative «Ja zur guten Schule Baselland:

überfüllte Klassen reduzieren» verlangt die Herabsetzung der Richt- und Höchstzahlen an allen Schulen im Kanton. Auch bei dieser Initiative rechnet die Regierung: Kleinere Klassen auf allen Schulebenen würden Kanton und Gemeinden im Jahr 15 Millionen Franken mehr kosten. Die Regierung hält ferner fest, dass die Klassengrößen generell unter den geltenden Richtzahlen liegen würden.

Gegen den beabsichtigten Verzicht auf die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) wurde die Initiative mit dem Titel «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere» eingereicht. Ziel der KVS ist es, schulisch schwächeren Schülern aus den Sekundarschulen den Zugang zu einer kaufmännischen Ausbildung zu ermöglichen. Die angespannte Finanzlage zwingt dazu, auch Leistungen im Bildungsbereich abzubauen, schreibt die Regierung.

Lehrer sollen gleich viel arbeiten

Der Verzicht auf die KVS aber sei vertretbar, als Alternative stehe schwächeren Schülern die neue zweijährige Grundbildung zur Büroassistentin und zum Büroassistenten, EBA, offen. Diese neue berufliche Grundbildung richtet sich an dieselbe Gruppe von Schulabgängern wie die KVS, allerdings mit dem Unterschied, dass sie nicht vollschulisch, sondern wie die dreijährige KV-Lehre zur Kauffrau und zum Kaufmann dual organisiert (Lehre und Schule) sei.

Die vierte Initiative, «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler optimieren», verlangt, dass Klassenlehrer auf der Primar- und Sekundarstufe I eine Stunde in der Woche weniger unterrichten. Mit der Einführung des Lehrplans 21 werde in die Stunden-tafel eine Klassenstunde für alle drei Sekundarschuljahre integriert. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass die Klassenlehrer nicht zusätzlich ausserhalb der regulären Unterrichtszeit über ein weiteres Stundengefäss verfügen müssen. Und auch bei dieser vierten Initiative rechnet die Regierung: Sie würde Kanton und Gemeinden jährlich sieben Millionen Franken kosten.

Nachrichten

Blaufahrer prallt in einen Pflanzenkübel



Thürnen. Am späten Dienstagabend krachte ein Fahrzeug an der Böcktenstrasse in Thürnen in mehrere Pflanzenkübel, die dort als Mittel zur Verkehrsberuhigung aufgestellt sind. Durch die heftige Kollision wurden die Kübel verschoben, es entstand erheblicher Sachschaden. Der Fahrer selbst blieb unverletzt. Eine von der Polizei vor Ort durchgeführte Alkoholkontrolle ergab einen Wert von 1,48 Promille. Der 57-jährige Unfallfahrer, ein in der Region wohnhafter Schweizer, musste seinen Führerausweis auf der Stelle abgeben. Er wurde verzeigt. Das Auto musste abgeschleppt werden.

Vermisste Frau tot aufgefunden

Weil am Rhein. Eine 72-jährige Frau aus dem Kanton Baselland ist gestern von zwei Passanten tot im Rhein gefunden worden. Sie war seit dem 28. Dezember vermisst worden. Zur Todesursache machte die zuständige Polizeidirektion Lörrach keine Angaben. Die Staatsanwaltschaft Lörrach hat nun eine Obduktion angeordnet. SDA

Mit 146 über die Rheinstrasse

Pratteln. Am Dienstagabend um 19.30 Uhr stellte die Baselbieter Polizei bei einer mobilen Geschwindigkeitskontrolle einen Autofahrer, der mit 146 statt den erlaubten 80 km/h über die Rheinstrasse brauste. Der Wagen war in Richtung Birsfelden unterwegs und hatte Schweizer Kennzeichen, wie die Polizei mitteilt. Der Lenker muss nun mit einer Geldbusse und dem Entzug des Führerausweises rechnen.

Laufentaler gegen Spitalgesetz

Georges Thüring (SVP) sieht Kantonsspital Laufen bedroht

Von Kurt Tschan

Grellingen. Wenn es um die Einhaltung des Laufentalvertrages geht, kennt SVP-Landrat Georges Thüring (Grellingen) kein Pardon. Der Staatsvertrag, der in langen Jahren des Anschlusskampfes ausgehandelt und schliesslich auf Bundesebene die Basis für den Kantonswechsel bildete, dürfe nicht angerührt werden, betont Thüring. Besondere Sorge bereitet ihm die Zukunft des Kantonsspitals Laufen. Dessen Fortbestand werde im Laufentalvertrag dauerhaft gewährleistet. Werde das neue Spitalgesetz im Frühjahr durch das Baselbieter Stimmvolk aber angenommen, bestehe die Gefahr, dass das Spital in zwei bis drei Jahren geschlossen werde.

Thüring sieht deshalb keine andere Möglichkeit, als das Gesetz abzulehnen. Kurz vor Weihnachten hat er deshalb ein Inserat geschaltet, um den Puls der Bevölkerung zu spüren. Ziel sei es, ein Laufentaler Komitee auf die Beine zu stellen, um das neue Spitalgesetz zu Fall zu bringen. «Die Rücklaufquote ist überraschend hoch», sagt Thüring. Jeden Tag würden ihn zwei Dutzend Beitritts-erklärungen erreichen. «Auch aus dem benachbarten Thierstein erhalte ich positive Rückmeldungen», sagt Thüring. Bis jetzt habe er über 200 Beitritts-erklärungen für das Komitee «Ja zum Spital Laufen» erhalten.

Ein Einzelkämpfer

Georges Thüring ist der beliebteste Politiker des Laufentals. Der frühere Gemeindepräsident von Grellingen verfügt über die Parteigrenzen hinaus über hohe Sympathiewerte. Bei den letzten Landratswahlen erzielte er mit 2110 Stimmen das Spitzenresultat. Der neue Fraktionschef der FDP, Rolf Richterich aus Laufen, erreichte mit dem zweitbesten Ergebnis lediglich 1239 Stimmen. Trotzdem sieht Thüring sich im Kampf

um den Erhalt des Spitals als Einzelkämpfer. Der Landrat habe es verpasst, die erforderlichen Vorkehrungen für den Schutz des Staatsvertrages zu treffen.

Besonders hart ins Gericht geht Thüring mit der FDP, die in dieser Sache nichts unternommen habe. Angesichts der Veränderungen im Gesundheitswesen sei zu erwarten, dass der Verwaltungsrat der neuen Spital AG im Bestreben um eine bessere Wirtschaftlichkeit den Standort Laufen auf den Prüfstand stellen und schon bald liquidieren werde. Bereits die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Grünen und die SP das Spital in Laufen opfern wollten.

«Historisch einmaliger Vertrag»

Thüring appelliert deshalb auch an das Rechtsempfinden des Baselbieter Stimmvolks. «Es kann niemandem daran gelegen sein, zu einem Gesetz Ja zu sagen, das die Gefahr in sich birgt, einen derart wichtigen Staatsvertrag zu verletzen.» Grundsätzlich sei er nicht gegen eine Verselbstständigung der Baselbieter Spitäler, sagt Thüring. Er wehre sich auch nicht gegen ein Unternehmen «Kantonsspital Baselland». Allerdings benötige der Bezirk Laufen auch in Zukunft eine ausreichende medizinische Grundversorgung. Sofern die drei Kantonsspitäler Laufen, Liestal und Bruderholz in der vorgesehenen Form miteinander verschmelzen würden, sei dies nicht mehr gewährleistet.

Es bleibe deshalb nichts anderes übrig, als das neue Spitalgesetz abzulehnen und dafür zu sorgen, dass eine neue Vorlage ausgearbeitet werde. Diese müsse zwingend den Garantien im Laufentalvertrag nachleben. Alles andere käme einem Wortbruch und der Verletzung eines für die Eidgenossenschaft historisch einmaligen Staatsvertrages gleich. «Es ist wichtig, dass wir Laufentaler wieder einmal ein starkes Zeichen setzen», sagt Thüring.

«Ich bin ein liberaler Blau-Kreuzler»

Paul Rohrbach war 14 Jahre lang oberster Abstinenzler im Baselbiet

Von Thomas Gubler

Liestal. Ende dieser Woche ist Schluss. Dann übergibt Paul Rohrbach die Geschäftsleitung des Blauen Kreuzes Baselland und der Multikulturellen Suchtberatungsstelle beider Basel (Mub) an ein Dreierteam mit Dieter Huber, Dorothee Dyck und Mara Hermann. 14 Jahre lang hat er die Geschicke beider Organisationen bestimmt, insgesamt 29 Jahre war er für das Blaue Kreuz tätig. Ganz aufhören mag der 63-Jährige aber doch noch nicht. In einem 40-Prozent-Pensum will er bis zur definitiven Pension wieder das sein, was er bei seinem Eintritt 1982 war – Suchtberater. «Ich habe etwa 20 Klienten, die ich betreue», sagt Paul Rohrbach.

Vieles habe sich verändert in diesen bald 30 Jahren seit seinem Eintritt – vor allem die einst evangelisch-pietistisch ausgerichtete Organisation selber. «Das Blaue Kreuz war damals verknöchert», gibt Rohrbach unumwunden zu. Mitglieder seien als «Abstinenzler» vielleicht nicht gerade belächelt, aber auch nicht wirklich ernst genommen worden. Vor allem aber sei das Blaue Kreuz, damals noch geprägt von freiwilliger Fürsorge und dem Kampf gegen den Armutsalcoholismus, in der Facharbeit und im öffentlichen Sozialdienst schlicht inexistent gewesen.

Für ihn und seinen damaligen Kollegen seien daher vor allem zwei Ziele im Vordergrund gestanden: Öffnung der Organisation und Einführung von professioneller Facharbeit. «Das waren wir unserer Klientschaft schuldig», sagt der abtretende Geschäftsführer, der überzeugt ist, dass das Blaue Kreuz, das mittlerweile 134 Jahre alt ist, ohne diesen Wandel hierzulande untergegangen wäre. Heute sei man hingegen vernetzt mit den kantonalen Institutionen



Suchtberater. Paul Rohrbach gibt die Leitung des Blauen Kreuzes Baselland ab, arbeitet aber weiter. Foto Muchenberger

und mit der Psychiatrie und diskutiere mit den jeweiligen Verantwortlichen auf Augenhöhe. «Wir gelten als glaubwürdig und realistisch», sagt Paul Rohrbach.

Führungsleute selten abstinent

Verändert haben sich in den drei vergangenen Jahrzehnten offenbar auch die Klienten. Galt früher das Bestreben, arme oder von Armut bedrohte Alkoholiker mit einer fürsorgeähnlichen Be-

treuung wieder auf den Pfad der Tugend zurückzubringen, kommen heute auch gut situierte Personen mit Alkoholproblemen in die Suchtberatung des Blauen Kreuzes. Diese schätzen die Anonymität einer privaten Organisation.

Die führenden Leute, so Rohrbach weiter, seien selten abstinent gewesen. Doch während für diese früher der Alkohol ein Genussmittel bedeutete, sei er heute häufig ein Betäubungsmittel, um dem Druck standhalten zu können. So steht beim Blauen Kreuz denn auch nicht mehr nur Alkohol zur Debatte, sondern «Alkohol+», wie sich Paul Rohrbach ausdrückt. «Wir haben zahlreiche Klienten, die Alkohol mit Cannabis oder mit Kokain kombinieren.»

Der nüchterne Busfahrer

Und wie hielt er es selber all die Jahre mit der Droge Alkohol – als Landrat von 1995 bis 2009 oder als Mitglied des Spiels bei der Schweizer Armee? Früher, in seiner Jugend in der Westschweiz, habe er auch Alkohol getrunken, als Mitarbeiter des Blauen Kreuzes aber nicht mehr. Heute sei es auch viel einfacher als früher, bei einem Apéro oder Empfang alkoholfreie Getränke zu konsumieren. Man werde nicht mehr schräg angeschaut, was möglicherweise auch mit der tieferen Promillegrenze im Strassenverkehr zu tun haben könnte. «Meine Landratskollegen hätten es wahrscheinlich sogar komisch gefunden, wenn ich plötzlich Alkohol getrunken hätte.»

Beim Militärspiel habe einer auf Alkohol verzichten müssen, um den Bus zu fahren. Das sei dann eben er gewesen. «Aber ich war stets ein liberaler Blau-Kreuzler und kein fanatischer Abstinenzapostel.» Wie aber steht es mit der Abstinenz nach seiner Pension, wird er dem Alkohol entsagen bis ans Lebensende? «Das weiss ich nicht», lautet Paul Rohrbachs lakonische Antwort.